

zu TOP .....



Stadtratsfraktion

Mainz, 18.06.2021

## Anfrage 1032/2021 zur Sitzung am 30.06.2021

### Überlastung der Stromnetze durch die steigende Anzahl an Ladesäulen (CDU)

Elektrofahrzeuge können einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz leisten. Erfreulicherweise nimmt die Anzahl an Elektrofahrzeugen auch in Mainz stetig zu. Allerdings steigt damit auch der Bedarf an Ladesäulen immer weiter. Die Stadt kümmert sich nach eigenen Angaben nicht um den Ausbau der Ladeinfrastruktur, da ein eigenständiger Entwicklungsplan für Ladestationen nicht existiere. Es ist davon auszugehen, dass somit in Zukunft vermehrt private Ladestationen zum Einsatz kommen werden. Stromversorger befürchten, dass das lokale Stromnetz überlastet werden könnte, wenn viele Verbraucher ihre elektrischen Fahrzeuge zeitgleich oder mindestens in einem ähnlichen Zeitraum laden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie prognostiziert die Verwaltung den jährlichen Zuwachs an privaten Ladesäulen?
2. Wie schätzt die Verwaltung die Gefahr einer Netzüberlastung durch Ladesäulen ein?
3. An welchen Stellen der Stadt kommt es jetzt schon zu Versorgungsengpässen?
4. An welchen Stellen der Stadt konnten die Pläne zu Errichtung von Ladestationen aufgrund von zu geringen Versorgungskapazitäten nicht umgesetzt werden?
5. Welche Pläne wurden in Absprache mit der Mainzer Stadtwerke AG entwickelt, um den Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur sicherzustellen und gleichzeitig das Stromnetz nicht zu überlasten?
6. Inwieweit sehen diese Pläne vor, ein gestaffeltes Tarifsystem einzuführen, um Strom an nachfrageschwachen Zeiten günstiger, kostenfrei oder sogar zu einem negativen Preis anzubieten und so die Ladezeiten der Autos auf den ganzen Tag zu verteilen?

7. Welche Anbieter sind auf die Stadt gekommen, um Angebote für Ladesäuleninfrastruktur zu entwickeln?
8. Auf welche anderen Anbieter kann sich die Stadt vorstellen zuzugehen?
9. Auf Grundlage des neuen Schnellladegesetzes (SchnellLG) ist künftig ein Ausschreibungsverfahren vorgesehen, um den gezielten Ausbau eines deutschlandweiten Netzes von Schnellladepunkten voranzutreiben. Welche Möglichkeit sieht die Verwaltung, an diesem Ausschreibungsverfahren teilzunehmen?

Hannsgeorg Schönig  
Fraktionsvorsitzender